Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(97. - öffentliche - Sitzung am 25. November 2026)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung verfassungsrechtlicher Regelungen über den Landtag, Staatsverträge und den Staatsgerichtshof**
   Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/12094

   Der Ausschuss beginnt mit der Beratung.

2. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Themen „Jüngste Erkenntnisse aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Fall des ehemaligen Staatsanwalts G.“, „Vorgänge um die Anforderung und den Verbleib von Ermittlungsakten im Niedersächsischen Justizministerium“, „Rolle des Ministerbüros“ sowie „politische Verantwortung von Justizministerin Dr. Wahlmann“**

   Der Ausschuss erörtert Verfahrensfragen.

3. **Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zu den Themen „Jüngste Erkenntnisse aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Fall des ehemaligen Staatsanwalts G.“, „Vorgänge um die Anforderung und den Verbleib von Ermittlungsakten im Niedersächsischen Justizministerium“, „Rolle des Ministerbüros“ sowie „politische Verantwortung der Justizministerin Dr. Wahlmann“**

   Der Ausschuss schließt sich dem Aktenvorlagebegehren der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU vom 20. November 2026 an.